

Mit Kraft aus der Krise

Leitlinien der FDP.Die Liberalen

Die Coronakrise hat innert kürzester Zeit Gesellschaft, Wirtschaft und Politik vor eine bisher unbekannte Ausgangslage gestellt. Das Eingreifen des Bundesrats hat einen Kollaps des Gesundheitssystems verhindert. Alle Erkrankten haben die bestmögliche Versorgung erhalten und bekommen sie auch weiterhin. Die Zahlen zeigen erfreulicherweise, dass die gesundheitliche Krise zu einem guten Stück in kontrollierte Bahnen gelenkt werden konnte. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind jedoch verheerend. Die Massnahmen, die ergriffen wurden, um die schlimmsten kurzfristigen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft abzufedern, sind wichtig. Jetzt braucht es aber eine umfassende Ausstiegsstrategie. Die FDP zeigt, wie die Schweiz zurück zur alten Stärke finden, gestählt aus der Krise kommen und aus den Erfahrungen die richtigen Lehren ziehen kann.

1. Ausgangslage

- › Der Bundesrat hat per Notrecht weitreichende Massnahmen beschlossen. Der Parlamentsbetrieb wurde befristet ausgesetzt, die direkt-demokratischen Prozesse sistiert und die Grundrechte massiv eingeschränkt. Militär und Zivilschutz wurden mobilisiert und entlasten die zivilen Behörden und Gesundheitseinrichtungen.
- › Die (wissenschaftlich fundierte) Erhebung, Analyse und Transparenz von Gesundheits- und Wirtschaftsdaten ist ungenügend im Hinblick auf Rückschlüsse bzgl. möglicher Handlungsszenarien. Klar ist jedoch, dass das Coronavirus eine ernste gesundheitliche Bedrohung für ältere Personen und solche mit spezifischen Vorerkrankungen darstellt.
- › Die Kurve der täglich getesteten Neuinfektionen flacht ab.¹ Die Spitäler haben ihre Covid-spezifischen Kapazitäten erhöht und sind zurzeit nicht voll ausgelastet (Stand 8. April 2020: 412 von 1'055 Betten auf den Intensivstationen sind belegt)². Das Ziel, das Gesundheitswesen nicht zu überfordern, ist somit bis dato erfüllt. Die beschlossenen Massnahmen haben ihre Wirkung erreicht, teilweise sogar übertroffen; es besteht eine erhebliche «Sicherheitsmarge».
- › Die getroffenen Massnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus sind epidemiologisch erfolgreich, haben aber massive negative Konsequenzen auf die Gesellschaft und Wirtschaft (z.B. 1.5 Millionen Gesuche für Kurzarbeit, 1'900 Arbeitslose pro Tag³). Soziale Vereinsamung und eine Zunahme der häuslichen Gewalt drohen.
- › Die Fokussierung auf die Behandlung des Corona-Virus führt dazu, dass Arztpraxen und andere Leistungserbringer deutlich weniger in Anspruch genommen werden. Dadurch brechen ihnen kurzfristig die Einnahmen weg und es droht eine Unterversorgung mit negativen Langzeitfolgen.⁴
- › Es zeichnen sich massive wirtschaftliche Konsequenzen des Lockdowns ab⁵ (Kosten von 500 Millionen Franken pro Tag⁶, 400'000 von 500'000 KMUs⁷ sind betroffen).
- › Die Wirtschaft wird mit grösster Wahrscheinlichkeit in eine Rezession rutschen. Bereits jetzt bangen viele ArbeitnehmerInnen und Unternehmen um ihre wirtschaftliche Existenz oder befürchten zumindest einen Wohlstandsverlust.

¹ <https://www.fuw.ch/article/grafisches-corona-update-07042020/>

² «Spitäler erwarten Ansturm erst im Mai», NZZ, 8. April 2020, Titelseite.

³ <https://www.nzz.ch/wirtschaft/corona-lockdown-wie-viel-darf-uns-die-gesundheit-kosten-ld.1549939>

⁴ <https://www.nzz.ch/schweiz/wegen-corona-droht-manchem-spital-das-aus-ld.1550770>

⁵ <https://www.nzz.ch/wirtschaft/corona-lockdown-wie-viel-darf-uns-die-gesundheit-kosten-ld.1549939>

⁶ «Der Bund lässt Milliarden regnen», NZZ, 2. April 2020, S.17.

⁷ «Rückschlag am Arbeitsmarkt ist drastisch», NZZ, 8. April 2020, S.17.

2. Ziele der FDP

Die konkrete Planung der Ausstiegsstrategie ist dringlich. Wo dies gesundheitlich tragbar ist, müssen die Eingriffe so schnell wie möglich zurückgefahren werden, während ein zielgerichtetes Konzept zum Schutz von besonders gefährdeten Menschen erarbeitet werden muss. Zudem ist es wichtig, dass sich unsere demokratischen Prozesse noch während der Pandemie rasch wieder normalisieren und funktionieren.

- › Grundsätze für eine schrittweise Lockerung der Massnahmen, so dass Menschen und Unternehmen Planungssicherheit erhalten und sich Risikogruppen wirksam schützen können. Der Bundesrat hat seine Entscheidungsparameter bei der weiteren Massnahmenplanung gegenüber Bevölkerung, Politik und Wirtschaft offenzulegen.
- › Ausgleich zwischen Gesundheit, gesellschaftlichem Zusammenleben und Wirtschaft ist aufgrund der bisherigen Erkenntnisse und Erfolge im Gesundheitswesen wieder anzustreben.
- › Umfassende und faktenbasierte Aufklärung der Bevölkerung.
- › Gezielte Massnahmen in Widerstands- und Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen, um langfristigen wirtschaftlichen Schaden und eine höhere Abhängigkeit der Wirtschaft vom Staat möglichst abzuwenden. Grundsätzliche (Rück-)Besinnung auf Eigenverantwortung statt andauerndem Ruf nach Staat und Regulierung.
- › Möglichst schnelles Zurückfinden zu einer freiheitlichen und demokratischen Grundordnung. Wo immer möglich haben die föderalen Grundsätze sowie das Vertrauensprinzip in und zwischen Gesellschaft und Wirtschaft weiterhin Geltung.
- › Digitalisierungsschub, der aktuell bestehende Mängel behebt und dadurch sicherstellt, dass die Bekämpfung einer neuerlichen Krise in Zukunft rascher erfolgreich ist.
- › Sicherstellung der Versorgung durch inländische Produktion und Importe (besonders in den Bereichen Gesundheit und Ernährung).

3. Forderungen

3.1. Gesundheit

3.1.1. Grundsätze

Die Gesundheit der Menschen und namentlich der Schutz der Risikogruppen stehen an oberster Stelle. Bei den Schutzmassnahmen muss aber der Fokus spezifisch auf den optimalen Schutz der Risikogruppen gelegt werden, so dass die übrige Bevölkerung möglichst wenig eingeschränkt wird. Die Versorgung in den Spitälern muss weiterhin gewährleistet bleiben. Im Hinblick auf eine mögliche zweite Welle und zukünftige Ereignisse müssen die Krisen-Planungen massiv verbessert sowie Reserven sichergestellt und koordiniert werden. Sekundärschäden in anderen Gesundheitsbereichen dürfen nicht vernachlässigt werden, z.B. der Behandlungsstau bei anderen Erkrankungen.

3.1.2. Kurzfristige Forderungen

- › Regelmässige, repräsentative PCR-Tests (bzw. (Infektions)-Tests) in der Gesamtbevölkerung, sobald die Kapazitäten dies erlauben.
- › Regelmässige, repräsentative Antikörpertests in der Gesamtbevölkerung, sobald solche verfügbar sind.
- › Sicherstellung einer verlässlichen Datenbasis (einheitliche Erhebungskriterien, wissenschaftliche Auswertungen, internationale Kooperationen zur Vergleichbarkeit etc.) als Entscheidungsgrundlage.
- › Umfassender Schutz besonders gefährdeter Gruppen mittels geeigneter Versorgungs- und Schutzstrukturen. Klare, den Stand der Wissenschaft möglichst präzise abbildende Definition der besonders Gefährdeten.

- › Wirkungsvolles Tracing, um Ansteckungsketten rasch identifizieren und unterbrechen zu können. Dabei Respektierung der Datenschutzbestimmungen.
- › Hygienekonzepte stärken, Desinfektionsmittel verfügbar halten und Schutzmasken für aktive Produktionsbetriebe sowie Gesundheitseinrichtungen zur Verfügung stellen.
- › Prüfung eines selektiven und möglichst eigenverantwortlichen Lockdowns, z.B. mithilfe einer Plattform für Infizierte und Risikogruppen.
- › Spitäler und Arztpraxen sollen mit Kapazitäten, die nicht zwingend für die Corona-/Krisenbewältigung benötigt werden, für Nicht-Notfallpatienten wieder zugänglich sein.
- › Unterstützung der Forschungsbestrebungen bzgl. Impfstoffen und Medikamenten.

3.1.3. Langfristige Forderungen

- › Umfassende politische Aufarbeitung bezüglich des Mangels an Desinfektionsmitteln, Atemschutzmasken etc. und der Frage, warum verschiedene Akteure ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind.
- › Umfassende Neubeurteilung der Pandemieplanung des Bundes.
- › Vernetzung der Forschung und rasche Verfügbarkeit von Studienergebnissen sicherstellen.
- › Beschleunigte Umsetzung der Digitalisierung im Gesundheitswesen (insbesondere elektronisches Patientendossier, E-ID und im Bereich Reporting; Datenstandards und Datendurchlässigkeit schweizweit sicherstellen).
- › Flexibilisierung der Strukturen im Gesundheitswesen (flexibler und bedarfsgerechter Auf- und Abbau von Kapazitäten im Gesundheitswesen). Weniger Planwirtschaft, bessere Koordination und Kooperation (Spitzenleistungen und spezifische Kompetenzen dank Wettbewerb).
- › Effizienz im Gesundheitssystem erhöhen, damit bei zukünftigen Pandemien weniger Ressourcenprobleme entstehen (kritische Leistungen und Güter).
- › Vorbereitung des Gesundheitssystem auf die gesundheitlichen Sekundäreffekte in der Bevölkerung (z.B. Depressionen, Invalidisierung infolge Behandlungstau, erhöhte Suizidrate).
- › Bessere Koordination zwischen den Kantonen, sichergestellt durch den Bund (Datenerhebung, Informationsfluss, Ressourcendisposition).
- › Sicherstellung von gut ausgebildeten Gesundheitsfachkräften in genügender Anzahl.
- › Verfügbarkeit von Medikamenten und medizinischem Material sicherstellen: Identifikation von kritischen Materialien und Medikamenten, Evaluation von Massnahmen wie länderübergreifende Kooperationen für gemeinsame Produktionen, Leistungsaufträge an nationale Unternehmen und Pflichtlager.

3.2. Politik

3.2.1. Grundsatz

Grundrechte der individuellen, unternehmerischen und politischen Freiheiten wurden vom Bundesrat zur Abflachung der Infektionen beschnitten. Dies darf nicht länger und weitergreifend als aus gesundheitlicher Sicht unbedingt notwendig dauern. Zudem müssen die politischen Institutionen, wo immer möglich, ihre Arbeit vermehrt digital – und damit möglichst auch in einer epidemiologischen Notlage – im ordentlichen Prozess verrichten können. Empfehlungen durch die Vollzugsbehörden dürfen nicht als gesetzesgleiche Einschränkungen oder Vorgaben ausgelegt werden. Es liegt nicht in der Kompetenz von Vollzugsbehörden, Notrecht nach eigenem Ermessen auszubauen. Die gesetzlichen Bestimmungen ausserhalb des Notrechts gelten weiter.

3.2.2. Kurzfristige Forderungen

- › Digitalisierung der politischen, administrativen und justiziellen Prozesse, wo dies bereits heute ohne Qualitätsverlust möglich ist.
- › Zentrales Krisenmanagement des Bundes, das alle Aspekte in seine Beurteilung mit einbezieht.

- › Rücksichtnahme des Bundes bei Vorschriften auf kantonale und regionale Gegebenheiten. Von zwingenden Anordnungen des Bundes abweichende kantonale Regelungen müssen in ausserordentlichen Lagen aber verhindert werden.
- › Weiterführung der internationalen Zusammenarbeit trotz Grenzschiessungen, da sie für die Landesversorgung wie auch für die Forschung und Medikamentenproduktion zentral ist.
- › Möglichst rasches Nachholen der verschobenen Volksabstimmungen und politischen Arbeit.

3.2.3. Langfristige Forderungen

- › Digitalisierung der politischen Prozesse beschleunigen.
- › Rechtliche Grundlage für parlamentarische Beratungen per Videokonferenz in ausserordentlichen Lagen schaffen (Änderung der Bundesverfassung).
- › In den Vertragsgremien der internationalen Freihandelsverträge (GATT und FHA mit EU) ist einzubringen, dass die jeweiligen Ausnahmeklauseln betreffend Gesundheit nicht auf Pandemien Anwendung finden, damit Import wichtiger Güter auch in solchen Zeiten gewährleistet ist. Heutiger Selbstversorgungsgrad der Schweiz ist aufrecht zu erhalten.
- › Aufbau/Sicherung kritischer Leistungen und Kompetenzen der Schweiz für einen globalen Krisenfall; Positionierung der Schweiz als international unverzichtbarer Partner.
- › Aufrechterhaltung einer starken Armee und des Zivilschutzes, die jederzeit mobilisiert werden können, zur Unterstützung in allen Bereichen, die für das reibungslose Funktionieren des Landes entscheidend sind.

3.3. Gesellschaft

3.3.1. Grundsatz

Alle Generationen leiden unter der Coronakrise. Ein Generationenkonflikt ist zu vermeiden. Das soziale Leben soll möglichst bald schrittweise und unter Einhaltung der Gesundheitsvorschriften wieder normalisiert werden.

3.3.2. Kurzfristige Forderungen

- › Kinderbetreuungsstrukturen sind offen zu halten und mit bestehenden, vom Bundesrat im Rahmen der Coronakrise erlassenen Hilfsinstrumenten zielgerichtet zu unterstützen.
- › Keine neuen innerschweizerischen Grenzen: Bewegungsfreiheit im Land ist zu gewährleisten.
- › Einschränkungen der internationalen Bewegungs-/Reisefreiheit und Grenzschiessungen sind gezielt zu handhaben: Arbeitsbezogene Reisen müssen möglichst rasch wieder möglich sein, Gewährleistung der ungehinderten Ein- und Ausreise von Grenzgängern.
- › Möglichst rasche Aufhebung bestehender Einreisebeschränkungen für binationale Partnerschaften und Familien.

3.3.3. Langfristige Forderungen

- › Funktionieren des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens auch in Krisensituationen ist sicherzustellen; z.B. Widerstandsfähigkeit der Kinderbetreuungsstrukturen stärken, Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.
- › Nachhaltige und sichere Finanzierung der Sozialwerke: Krise darf nachhaltige Finanzierung der Altersvorsorge nicht gefährden.

3.4. Wirtschaft und Bildung

3.4.1. Grundsatz

Die Bevölkerung und die Unternehmen brauchen Planungssicherheit. Gesunde Menschen sollen ihrer Arbeit unter Einhaltung der BAG-Richtlinien nachgehen, während den Risikogruppen ein besonderer Schutz zugesprochen wird. Wo Home Office für solche Gruppen nicht möglich ist, muss eine Freistellung unkompliziert möglich sein. Stützungsmaßnahmen müssen möglichst rasch beendet werden. Die behördlichen Eingriffe müssen nach dem Ende der ausserordentlichen Lage wieder vollständig zurückgefahren werden. Für den notwendigen Digitalisierungsschub muss die entsprechende Infrastruktur gesichert werden. Schliesslich muss die Chancengerechtigkeit in der Bildung gewahrt werden.

3.4.2. Kurzfristige Forderungen

- › Wiederzulassung von allen Geschäften und Dienstleistungen, die unter Wahrung der Hygieneregeln (Einsatz von Handschuhen, Desinfektionsmittel, Plexiglasscheiben, Schutzmasken etc.) erbracht werden können. Geschäfte, die verderbliche Ware verkaufen sowie diejenigen, deren Umsatz saisonal schwankt und in diesen Monaten einen Grossteil ihres Jahresumsatzes erzielen müssen (Gartencenter, Baumärkte und Blumengeschäfte etc.) sind dabei prioritär zu behandeln. Bei der Beschaffung des notwendigen Schutzmaterials sind die Firmen durch den Bund zu unterstützen.
- › Gestaffelte Wiederaufnahme von Präsenzunterricht an Schulen, insbesondere Volksschulen, nach den Frühlingsferien (ev. mittels Klassenteilungen).
- › Selbstregulation/-deklaration für Wirtschaftsaktivitäten: Anstatt Ausstellen von Bewilligungen für die Wiederaufnahme des Betriebes, sollen Unternehmen proaktiv selbst den Beweis aufbringen können, dass sie die Vorschriften des BAG einhalten. Die Einhaltung soll ex-post kontrolliert werden.
- › Vorlegen eines Schuldenrückbauplans bei den Bundesfinanzen für die im Rahmen der Coronakrise entstandenen Verpflichtungen zuhanden von Parlament und Öffentlichkeit (z.B. im Arbeitslosenversicherungsfonds oder im Zusammenhang mit allfälligen Folgen der Bürgschaften).
- › Flexibilisierung der regulatorischen Rahmenbedingungen z.B. im Arbeitsgesetz, bei Ladenöffnungszeiten oder in der Logistik (ev. zeitlich befristet bis zur Normalisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten zur Nutzung von Nachholeffekten).
- › Schnellstmögliche finanzielle Unterstützung (ALV oder Corona-Erwerbsersatz) auch für Härtefälle unter den indirekt betroffenen selbstständig Erwerbenden.
- › Mieter und Vermieter sollen ihre Beziehung auf eine langfristig gute Basis stellen. Es ist im Interesse beider Parteien, sich möglichst auf Kompromisse zu einigen, welche die finanziellen Verhältnisse aller Beteiligten berücksichtigt. Es ist zudem zu prüfen, wie die betroffenen Firmen mit den zur Verfügung stehenden Hilfsinstrumenten bei Liquiditätsengpässen hinsichtlich des Gemeinkostenanteils entlastet werden könnten.
- › Corona-Kredite sollen grundsätzlich nur bei der Hausbank, mit der vorbestehende Beziehungen bestehen, aufgenommen werden können. Unternehmen sollen, wie vorgesehen, die Kreditsummen im vorgegebenen Rahmen eigenverantwortlich bestimmen. Zur Verhinderung von Missbräuchen müssen Unternehmen aufzeigen, wie Kredite verwendet werden. Die prioritäre Rückführung der Hilfskredite ist sicherzustellen (z.B. durch ein Dividendenverbot während der Laufzeit), Missbrauch ist scharf zu sanktionieren.
- › Die Frist zur Rückzahlung der Corona-Kredite soll für Härtefälle oder besonders betroffene Branchen verlängert werden können.
- › Bei den Lösungen für die Luftfahrtbranche ist sicherzustellen, dass allfällige Unterstützungen subsidiär sind, nicht systematisch ins Ausland abfliessen und rückzahlbar sind.
- › Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen oder Nutzung von Monopolstellungen von staatsnahen Betrieben (Service Public ist auch in Corona-Zeiten zu erbringen); dies darf nicht

dazu führen, dass die Staatsbetriebe „Geschenke“ an Kunden und Mitarbeitende machen und das Instrument der Kurzarbeit beantragen, das für konjunkturell bedingte Nachfragerückgänge bei privaten Unternehmen geschaffen wurde.

3.4.3. Langfristige Forderungen

- › Wohlstandssicherung durch Verbesserung der Leistungsanreize für Menschen und Standortbedingungen für Unternehmen. Systematische Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Unternehmen aller Grössen für die Zukunft. Konsequente Umsetzung der FDP-[Vorwärtsstrategie](#).
- › Ausbau der notwendigen Infrastruktur für die digitale Transformation (insbesondere Kommunikationsnetze).
- › Die Krise darf nicht zum langfristigen Ausbau des Sozialstaats führen. Das würde die bereits angeschlagene Wirtschaft zusätzlich schwächen.
- › Einführung von "Katastrophenszenario"-Strategien in Bereichen, die für das reibungslose Funktionieren unseres Landes von entscheidender Bedeutung sind. Sicherstellung der schnellen Aktivierbarkeit unserer existierenden Forschungs- und Wissenschaftsressourcen, um in Krisenfällen rechtzeitig und interdisziplinär vernetzt Entscheidungsgrundlagen und Beratung zur Verfügung zu haben. Sicherstellen der lokalen Nahrungsmittelproduktion und -logistik.
- › Schuldenbremse muss langfristig aufrechterhalten werden und darf keinesfalls gelockert werden.
- › Investitionen in die langfristige Stärkung der Steuerkraft und die Sicherung benötigter Steuermittel für Bund und Kantone: Vorausschauende Steuerstrategie, welche die Unternehmen und natürlichen Personen entlastet und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz sicherstellt.

Die FDP dankt dem Bundesrat, der Wirtschaft und der Gesellschaft – und insbesondere denjenigen, die das Gesundheitssystem und die Versorgung des Landes aufrechterhalten haben sowie den unzähligen Organisationen der Freiwilligenarbeit – für die ausserordentlichen Leistungen in den letzten Wochen.